

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	entschuldigt

Gäste:

Frau Frauke Frehse Sevrán	Gesellschaft zur Förderung Brandenburger Kinder und Jugendlicher (GFB)
Frau Heiderose Gerber	Autonomes Frauenzentrum Potsdam
Herr Jirka Wischak	Katte e.V.
Herr Georgios Papadopoulos	Potsdamer Betreuungshilfe e.V.
Frau Krause	L.I.T.H.U.
Herr Krause	L.I.T.H.U.
Frau Schmitz	Diakonisches Werk
Frau Magdolna Grasnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Reinhold Tölke	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Mara Lehmann	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Dr. Böhm	FB Soziales und Gesundheit
Frau Uta Kitzmann	FB Soziales und Gesundheit
Herr Gregor Jekel	FB Soziales und Gesundheit
Herr Jörg Bindheim	FB Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Anhörung
- 2.1 Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte
Vorlage: 16/SVV/0218
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -
- 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.09.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 4 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Fortschreibung des Lokalen Teilhabepans der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0524
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

- 5.2 Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) ändern!
Vorlage: 16/SVV/0533
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.3 Wohnungstauschzentrale für Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0550
Fraktion DIE LINKE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Benennung von drei Mitgliedern in das Auswahlgremium für Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2017
- 6.2 Information zur Ausschreibung von Suchtberatung und Suchtprävention
- 6.3 Information zur Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung
- 6.4 Freie Fahrt für Kindergartenkinder
Vorlage: 16/SVV/0519
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.5 Fortschreibung des Ersten Potsdamer Gesundheitsatlas
Vorlage: 16/SVV/0556
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 6.6 Potsdamer Seniorenplan - Engagiert, selbstbestimmt und würdevoll alt werden
Vorlage: 16/SVV/0557
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 6.7 Integrationsgarten am Schlaatz
Vorlage: 16/SVV/0582
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

zu 2 Anhörung

zu 2.1 Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte Vorlage: 16/SVV/0218

Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -

Herr Schubert weist darauf hin, dass der Antrag bereits im April eingebracht und mehrfach beraten wurde. Zur heutigen Sitzung wurden die entsprechenden Experten eingeladen, um über ihre Erfahrungen zu berichten.

Er verweist auf die im Juni 2016 durchgeführte Umfrage zur Gewaltprävention in den Gemeinschaftsunterkünften der Landeshauptstadt Potsdam. Von 14 angeschriebenen Einrichtungen haben sich insgesamt 5 Einrichtungen an der Umfrage beteiligt. Die Auswertung wurde an alle Ausschussmitglieder mit den Sitzungsunterlagen ausgereicht.

Er schlägt vor, die Experten aus den Einrichtungen anzuhören und im Anschluss an die Diskussion eine Verständigung zum Umgang mit dem vorliegenden Antrag vorzunehmen.

Frau Frehse-Sevran (GFB) teilt mit, dass die Gesellschaft zur Förderung Brandenburger Kinder und Jugendlicher in Potsdam u.a. für die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden zuständig ist. Sie betont, dass es bisher keine Rückmeldungen von den Einrichtungsleitungen gibt, dass die vorhandenen Methoden nicht ausreichend sind.

Herr Witschak (Katte e.V.) sieht Handlungsbedarf. Er erklärt, dass der Verein die Opferberatung und auch die Begleitung durchführt. Dabei ist deutlich geworden, dass Gemeinschaftsunterkünfte für homosexuelle Flüchtlinge nicht die geeignete Unterbringungsform sind. Hier geschehen sehr häufig Übergriffe. Der Verein fordert eine Wohngemeinschaft, mit der die Menschen schnell und unbürokratisch aus der jeweiligen Situation genommen werden können. Der Verein Katte e.V. möchte als Ansprechpartner in den Einrichtungen bekannt werden.

Frau und Herr Krause (L.I.T.H.U.) erklären, dass sie bisher noch nicht viele Erfahrungen in Potsdam sammeln konnten. Die durch sie betriebene Einrichtung im Konsumhof hat ein gesondertes Geschoss, in dem schutzbedürftige Personen untergebracht werden können.

Derzeit leben in der Einrichtung einige Familien mit Kindern, die Plätze in Kitas benötigen.

Frau Gerber (Autonomes Frauenzentrum) betont, dass im Frauenhaus vermehrt geflüchtete Frauen untergebracht sind. In diesem Jahr beträgt der Anteil an Flüchtlingsfrauen ca. 60 Prozent. Es ist schwierig an die Frauen heran zu kommen, da diese nicht über ihre Probleme reden wollen. Es ist wichtig, dass Handlungskonzepte in den Einrichtungen vorhanden sind. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die neueste Handreichung des MASGF hin, die von vielen verschiedenen Trägern erarbeitet wurde. Die Handreichung haben alle Ausschussmitglieder über Frau Spyra per E-Mail zugesandt bekommen. Aus ihrer Sicht muss das vorhandene Material in den Einrichtungen implementiert werden.

Herr Papadopoulos (Potsdamer Betreuungshilfe e.V.) erklärt, dass der Träger bereits seit 22 Jahren in Potsdam tätig ist und ambulante Hilfen wie z.B. Kinderschutz anbietet. Der Träger stellt ca. ein Drittel der insoweit erfahrenen Fachkräfte dar. Es werden auch interkulturelle Kompetenztrainings angeboten,

für die es bereits viele Anfragen von Schulen und Kitas gibt.

Frau Mara Lehmann (FB Kinder, Jugend und Familie) stellt sich dem Ausschuss vor. Sie ist die Schwangerschafts- und Mutterschutzvertretung für die Kinderschutzbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Tölke verweist auf die aktuelle Handreichung des MBS zum Kinder- und Jugendschutz in Gemeinschaftsunterkünften sowie auf das Kinderschutzkonzept der Landeshauptstadt Potsdam. Alle Träger, die in der Landeshauptstadt Potsdam Gemeinschaftsunterkünfte betreiben, haben mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie Leistungsvereinbarungen gemäß § 8a SGB VIII und § 72 a SGB VIII geschlossen.

Frau Schmitz (Diakonisches Werk) berichtet, dass sie für die Gemeinschaftsunterkunft Nuthetal seit einem halben Jahr an einem Gewaltschutzkonzept arbeitet, das in Kürze fertig ist.

Frau Basekow hält die Konzepte, aber auch die bauliche Herrichtung und insbesondere die Schulung des Personals für erforderlich.

Herr Schubert stellt fest, dass es einen Informationsbedarf gibt. Er fragt, ob hier in den monatlichen Heimleiterrunden angesetzt werden kann.

Herr Schubert macht auf die vielen bereits bestehenden Konzepte und Handreichungen aufmerksam. Er fragt, ob es hilfreich ist, ein weiteres stadtweites Papier zu entwickeln oder muss daran gearbeitet werden, das Vorhandene an die Betreiber der Einrichtungen heranzutragen.

Frau Basekow spricht sich für ein übergreifendes Konzept aus, hinter dem dann auch die Finanzierung steht. Für die Träger ist wichtig, dass die Ausstattungen und die Räumlichkeiten dann auch zur Verfügung gestellt werden. Auch die erforderliche Ausbildung muss geregelt werden.

Frau Gerber weist darauf hin, dass es für den Kinderschutz schon sehr gute Regelungen gibt. Sie regt an, sich zusammen zu setzen und gemeinsam zu überlegen, wie ein bindendes Verfahren entwickelt werden kann.

Frau Krause betont, dass im 1. OG der Gemeinschaftsunterkunft im Konsumhof die baulichen Voraussetzungen geschaffen sind, um besonders schutzbedürftige Personen dort unterzubringen. Das vorhandene Personal ist geschult.

Frau Dr. Wegewitz hat den Ausführungen entnommen, dass in einigen Einrichtungen schon Konzepte erarbeitet werden. Sie kann sich die praktische Umsetzung nicht vorstellen.

Frau Tinney macht deutlich, dass es aus ihrer Sicht ein Bekenntnis der Stadt dazu geben sollte. Sie spricht sich für die Entwicklung von Leitlinien aus, die dann von den Trägern umgesetzt werden müssen. Es gibt bereits viele Dinge, die schon umgesetzt werden.

Es sollte ein Rahmen formuliert werden und die Träger gebeten werden, dies umzusetzen.

Frau Biesecke spricht sich ebenfalls dafür aus, dass von Seiten der Verwaltung Regelungen getroffen werden sollen, die dann umzusetzen sind. Sie hält die Erarbeitung von Leitlinien für wichtig.

Herr Schubert macht deutlich, dass das Land exakt das aufgeschrieben hat, was jetzt angesprochen wurde. Er fragt, was darüber hinaus erarbeitet werden soll? Er macht deutlich, dass die Gemeinschaftsunterkünfte aufgrund der Familiennachzüge länger genutzt werden müssen, als es gewollt ist.

Frau Basekow betont, dass die Frage, wie dies umgesetzt wird, sehr wichtig ist. Sie betont, dass in Gemeinschaftsunterkünften die Kinder- und Jugendlichen gesondert betrachtet werden sollen. Es gibt aber auch die Gruppen der Älteren, der Behinderten und der Kranken.

Frau Schmitz erklärt, dass es zum Kinderschutz bei der Diakonie schon die entsprechenden Abläufe gibt, die einzuhalten sind. Sie bietet an, das Konzept nach Fertigstellung zur Verfügung stellt.

Frau Dr. Schröter teilt die Idee eines Konzeptes, das handhabbar ist und mit Maßnahmen gekoppelt ist. Es wird etwas benötigt, das das Vorhandene bündelt. Damit ergibt sich aus ihrer Sicht ein breiteres Bild.

Herr Schubert möchte einen möglichst präzisen Auftrag haben, damit alle Beteiligten mit dem Ergebnis zufrieden sind.

Frau Tinney weist darauf hin, dass die einzelnen schutzbedürftigen Gruppen so nicht im Antrag stehen. Diese sollten aufgenommen werden. Die Verwaltung soll dies in Zusammenarbeit mit den Fachkräften erarbeiten, um die praktischen Erfahrungen einfließen zu lassen.

Frau Basekow betont, dass am Ende Maßnahmen formuliert werden müssen.

Frau Tinney macht deutlich, dass die verbindlichen Standards die Maßnahmen sind.

Frau Laabs ändert den ersten Satz des Antrages wie folgt:
„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Kinder- und Gewaltschutzkonzept unter Berücksichtigung der Bedarfe von besonders Schutzbedürftigen zu erarbeiten, das verbindliche Standards und dazu erforderliche Maßnahmen für die Gewaltprävention in Gemeinschaftsunterkünften formuliert.“

Herr Witschak bittet, die entsprechenden Vereine bei der Erarbeitung mit einzubinden.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Änderung:

Der Änderung wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Kinder- und **Gewaltschutzkonzept unter Berücksichtigung der Bedarfe von besonders Schutzbedürftigen** zu erarbeiten, das verbindliche Standards **und dazu erforderliche Maßnahmen** für die Gewaltprävention in Gemeinschaftsunterkünften formuliert.

Zur Mitarbeit sollen neben den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung erfahrenen

Fachkräften des Kinderschutzes und den Betreiber*innen von Gemeinschaftsunterkünften auch das Autonome Frauenzentrum, Frauenverbände, Kinderschutzorganisationen, Stadtjugendring, Migrantenbeirat und Flüchtlingsorganisationen eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.09.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift vom 06.09.2016 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Frau Eisenblätter informiert, dass zum TOP 5.2 „Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) ändern!“ ein Antrag auf Rederecht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Herrn Furtner vorliegt. Aufgrund der sehr vollen Tagesordnung schlägt sie vor, die Tagesordnungspunkte 6.5 „Fortschreibung des Ersten Potsdamer Gesundheitsatlas“ und 6.6 „Potsdamer Seniorenplan - Engagiert, selbstbestimmt und würdevoll alt werden“ auf die nächste Sitzung des GSI-Ausschusses zu vertagen, um diese dann ausführlich beraten zu können.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Herrn Furtner sowie über die Vertagung der Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 6,5 und 6.6.

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 4 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Frau Einbeck informiert, dass sich der **Beirat für Menschen mit Behinderung** dem neuen Teilhabegesetz gewidmet hat und dies auch weiter tun wird. Sie berichtet, die Sommersitzung ausgewertet wurde, an der ca. 60 Personen teilgenommen haben.

Derzeit wird überlegt, ob eine Zusammenkunft mit Behindertenbeiräten aus anderen Städten organisiert wird.

In der nächsten Woche wird es ein Gespräch mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam zu den Außenansagen geben, die nicht zufriedenstellend funktionieren. Ein bundesweiter Fachausschuss entsendet eine Delegation nach Potsdam, die sich mit dem Thema befasst.

Frau Einbeck teilt mit, dass die regelmäßigen 14tägigen Treffen mit Herrn Christoph Richter weitergeführt werden. Abschließend teilt Frau Einbeck mit, dass sich der Beirat für Menschen mit Behinderung am Pilotprojekt zum

Beschwerdemanagement beteiligt.

Herr Puschmann bringt die Verärgerung der Mitglieder des **Seniorenbeirats** darüber zum Ausdruck, dass die Verwaltung den Beirat bezüglich der Stelle im Seniorenbüro immer weiter vertröstet. Er betont, dass es seit dem 01.07.2016 keine Bürokräft im Seniorenbüro gibt. Er bittet diesbezüglich zeitnah um ein Gespräch bei Herrn Schubert.

Herr Puschmann erinnert daran, dass der 01. Oktober ist der Tag der älteren Menschen ist. Am 30.09.2016 und am 01.10.2016 fanden bundesweit die Feierlichkeiten zum Tag der Generation in Magdeburg statt.

In Potsdam wurde der Tag der älteren Generation am 04.10.2016 mit einem festlichen Programm im Potsdam-Museum begangen. Des Weiteren gab eine Stadtrundfahrt mit der Straßenbahn.

Herr Puschmann informiert, dass die AG Wohnen regelmäßig Sprechstunden durchführt, die sehr gut angenommen werden.

Die AG hat die Luisenresidenz besucht und dabei festgestellt, dass es noch keinen Vertrag mit der Stadt Potsdam gibt und die Einrichtung sehr teuer ist.

Frau Dr. Herzel kann nicht nachvollziehen, warum der Seniorenplan zurückgestellt werden soll, da der Plan rechtzeitig ausgereicht wurde und sich alle damit befassen konnten.

Herr Puschmann macht deutlich, dass der Seniorenbeirat sich noch nicht eingehend mit dem Seniorenplan befassen konnte.

Herr Schubert weist darauf hin, dass die heutige Tagesordnung ~~ist~~ sehr umfangreich ist. Der Seniorenplan ist sehr wichtig und sollte eingehend diskutiert werden. Dies wäre heute aufgrund der Tagesordnung nicht möglich. Er spricht die Bürostelle des Seniorenbeirates an, und teilt mit, dass diese für 30 Stunden pro Woche ausgeschrieben wurde. Es ist bereits verabredet, dass Herr Puschmann in das Auswahlverfahren einbezogen wird. Er bittet, jetzt nach vorn zu blicken.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Fortschreibung des Lokalen Teilhabeplans der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 16/SVV/0524

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Herr Richter bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Lokale Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam wird alle 5 Jahre fortgeschrieben, erstmalig im Jahr 2017.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **7**

zu 5.2 **Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) ändern!**

Vorlage: 16/SVV/0533

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eisenblätter schlägt vor, zunächst Herrn Furtner das Rederecht einzuräumen und dann die Stellungnahme der Verwaltung zu hören.

Herr Furtner betont, dass er sich bezüglich des Forschungsreaktor Berlin Wannsee nicht ausreichend abgesichert fühlt. Er bittet, dass erteile Rederecht an Herr Dr. Worsack weitergeben zu dürfen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dr. Worsack verweist auf die Möglichkeit des terroristischen Anschlags auf den Forschungsreaktor z.B. mit einem Hubschrauber und Sprengstoff. Bereits mit 10 kg Sprengstoff könne eine Kernschmelze erreicht werden. Er macht deutlich, dass eine Erweiterung der Schutzzone für die Evakuierung von 2,5 km auf mindestens 8 km erfolgen muss.

Herr Dr. Worsack verweist auf den Fachvortrag eines Mitglieds des Öko-Instituts im Juli 2016.

Frau Eifler bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schubert weist darauf hin, dass eine Darstellung des Öko-Instituts vom 09.09.2016 vorliegt, der andere Aussagen zu entnehmen sind. Er zitiert die Stellungnahme. *„Es besteht Einvernehmen dahingehend, dass der derzeitige Katastrophenschutzplan für die Umgebung des Forschungsreaktors und die darin festgelegten Planungsradien diesem Anspruch genügen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die geplanten Maßnahmen im Ereignisfall bei Bedarf auch über die Planungsradien hinaus eingesetzt werden können.“*

Herr Schubert weist darauf hin, dass die Überarbeitung des Katastrophenschutzplanes ein gutes Jahr dauert. Somit wäre der überarbeitete Katastrophenschutzplan erst Ende 2017 fertig. Diese Überarbeitung würde dann aufgrund der Aussage eines einzelnen Mitarbeiters des Öko-Instituts erfolgen. Man kann aber auch den Aussagen der Fachkräfte glauben.

Er empfiehlt, den Druck auf das Land Berlin zu erhöhen, dass der Reaktor eher vom Netz geht.

Frau Eifler schlägt vor, den Antrag zurückzustellen.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Zurückstellung der Drucksache.

Der Zurückstellung wird einstimmig zugestimmt.

zu 5.3 **Wohnungstauschzentrale für Potsdam**

Vorlage: 16/SVV/0550

Fraktion DIE LINKE

Frau Biesecke bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Jekel weist darauf hin, dass dies bereits Bestandteil des Wohnungspolitischen Konzeptes und somit schon beschlossen ist. Die Umsetzung der Maßnahme ist auch aus Sicht der Verwaltung zu unterstützen.

Verabredet ist aber, dass der Arbeitskreis Stadtpuren die Federführung hierfür hat. Dies sollte auch so beibehalten werden. Er macht auch deutlich, dass ein Bericht über den Sachstand in der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2017 nicht realisierbar ist. Auf Nachfrage schlägt er vor, im März 2017 zu berichten.

Frau Dr. Schröter macht deutlich, dass der Arbeitskreis Stadtpuren dies nicht bis zum Ende realisieren kann.

Herr Schubert fragt, ob es darum geht, dass verwaltungsintern eine Wohnungstauschzentrale eingerichtet werden soll. Dies wird bejaht. Herr Schubert betont, dass dies durch die Verwaltung nicht zu bewältigen ist. Die Betreuung einer Wohnungstauschzentrale kann nicht die Aufgabe der Verwaltung sein.

Herr Jekel erklärt, dass es bereits konzeptionelle Ideen gibt. Es besteht Einigkeit, dass die Landeshauptstadt Potsdam die Koordinierung der Umsetzung übernehmen muss.

Den mietvertraglichen Tausch von zwei Mietparteien kann die Stadt nicht vornehmen. An dieser Stelle sind die Wohnungsunternehmen die ersten Ansprechpartner.

Frau Eisenblätter regt an, den Antrag entsprechend umzuformulieren.

Herr Jekel betont, dass der Arbeitskreis Stadtpuren bereits verabredet hat, dies zu tun. Er bittet zu überlegen, ob dies jetzt mit einem neuen Beschluss geändert werden soll.

Frau Biesecke schlägt vor, die Sätze 2 und 3 wie folgt zu ändern:

„Ziel soll dabei sein, ~~unter Regie~~ **gemeinsam mit** der Stadt und ~~bei~~ **unter** Beteiligung aller Wohnungsunternehmen und Beiräten ~~eine zentrale Anlaufstelle einzurichten~~ **ein Konzept zu erstellen**, mit ~~der~~ **dem** der Tausch von Wohnungen erleichtert und befördert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~ **März** 2017 über den Stand zu informieren.“

Frau Eisenblätter stellt die Änderungen zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzepts der Landeshauptstadt zügig die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Wohnungstauschzentrale für die Stadt zu schaffen.

Ziel soll dabei sein, ~~unter Regie~~ **gemeinsam mit** der Stadt und ~~bei~~ **unter** Beteiligung aller Wohnungsunternehmen und Beiräten ~~eine zentrale Anlaufstelle einzurichten~~ **ein Konzept zu erstellen**, mit ~~der~~ **dem** der Tausch von Wohnungen erleichtert und befördert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~ **März** 2017 über den Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Benennung von drei Mitgliedern in das Auswahlgremium für Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2017

Herr Schubert äußert den Wunsch, dass zukünftig bei Gremienbesetzungen vorab Vorschläge unterbreitet werden, damit sich Ausschussmitglieder vorbereiten können. Er bittet auch, dass in den Auswahlgremien die entsprechende Rotation erfolgt.

Frau Laabs verweist auf die Vorteile, wenn sich die Ausschussmitglieder mit der Materie auskennen und nicht jedes Jahr eine Einarbeitung erfolgen muss.

Frau Eisenblätter bittet die Ausschussmitglieder um Vorschläge für das Auswahlgremium für Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2017 und schlägt Frau Dr. Wegewitz vor.

Frau Laabs schlägt Frau Tinney vor.

Frau Dr. Schröter schlägt Frau Biesecke vor.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung darüber, dass Frau Dr. Wegewitz, Frau Tinney und Frau Biesecke für die Mitarbeit in dem Auswahlgremium benannt werden.

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Frau Basekow bittet, auch die Namen der Verwaltungsmitarbeiter, die in dem Auswahlgremium mitarbeiten, bekannt zu geben. Sie bittet, dass zukünftig auch bekannt gemacht wird, wer welche Stellungnahme erstellt hat, da es im Nachhinein schwierig ist, das Procedere nachzuvollziehen.

Herr Schubert sagt zu, die Namen der Verwaltungsmitarbeiter mit dem Protokoll nachzureichen.

Nachtrag:

Als beratendes Mitglied ist Frau Trauth-Koschnick geladen. Die Beratung wird von Herrn Richter (AGL Planung und Steuerung) moderiert, zudem ist als Beisitzer Herr Burchert aus der Arbeitsgruppe Recht- und Vertragsmanagement vorgesehen, der das Auditorium in zuwendungsrechtlichen Fragen berät.

Frau Eisenblätter bittet die Ausschussmitglieder, wenn diese Fragen zum Procedere haben, diese dann auch zu stellen.

zu 6.2 Information zur Ausschreibung von Suchtberatung und Suchtprävention

Herr Schubert verweist auf die rechtlichen Grundlagen, die die Landeshauptstadt Potsdam zur Ausschreibung der Leistungen verpflichtet. Er hat sich das Verfahren nochmal von der Vergabestelle eingehend erläutern lassen.

Am 22.09.2016 wurde die Ausschreibung der Suchtberatung und der Suchtprävention in der Landeshauptstadt Potsdam über das Amtsblatt der Europäischen Union und dem vergabe Marktplace Brandenburg zum 01.01.2017 bekannt gegeben.

Am 24.05.2016 sowie am 14.06.2016 wurde darüber im GSI-Ausschuss informiert. Zu den Ausschreibungskriterien hätte der Ausschuss aus seiner Sicht vor der Sommerpause unterrichtet werden sollen. Rechtlich ist darauf zu achten, dass diejenigen, die sich an dem Verfahren beteiligen, hier im Vorteil sind. Es gibt hier ein Mitwirkungsverbot, das es einzuhalten gilt.

Herr Schubert berichtet, dass es im Jugendhilfeausschuss eine ausführliche Diskussion darüber gab, bei welcher Verwaltungseinheit die Suchtprävention zukünftig angesiedelt sein soll. Organisatorisch trifft diese Entscheidung der OBM.

Die fachliche Anbindung im Fachbereich Soziales und Gesundheit wurde festgelegt, weil alle Gruppen, nicht nur die Jugendlichen, inbegriffen sein sollen.

Es wurde auch abgeklärt, wie abgesichert werden kann, dass der Jugendhilfeausschuss einbezogen werden kann. Dies kann ganz klar nur mit beratender Stimme erfolgen.

Frau Basekow und Frau Eifler erklären sich für befangen und verlassen den Raum.

Frau Dr. Böhm (FB Soziales und Gesundheit) teilt mit, dass mit beiden Trägern, die derzeit die Leistung erbringen, im Mai 2016 ein informelles Gespräch geführt und dabei auch die Wertschätzung der Arbeit betont wurde.

Sie macht deutlich, dass sich das Thema Sucht seit der letzten Ausschreibung deutlich erweitert hat. Auch dem Wunsch der Träger nach Planungssicherheit soll nachgekommen werden.

Die Ausschreibung der Leistungen musste aufgrund des Volumens europaweit durchgeführt werden. In der Neuausschreibung sollen auch die Stellen erweitert werden. Sollte sich abzeichnen, dass die Erbringung der Dienstleistungen ab dem 01.10.2017 nicht möglich ist, muss der Interimszeitraum bis zum Beginn des ausgeschriebenen Vertrages überbrückt werden. Dieser Zeitraum kann aufgrund des geringen Auftragswertes durch eine freihändige Vergabe überbrückt werden.

Frau Laabs spricht das Verhältnis zu den Patienten an, die jetzt ggf. zu einem anderen Träger wechseln müssen.

Herr Schubert erklärt, dass bisher eine jährliche Förderung erfolgt ist. Jetzt soll für drei Jahre ausgeschrieben werden. Die Landeshauptstadt Potsdam ist rechtlich verpflichtet, die Leistung auszuschreiben. Auch nach Ablauf der drei Jahre ist die Landeshauptstadt Potsdam erneut verpflichtet, auszuschreiben. Die Verwaltung wird sich daran zu halten.

Er betont, dass dies keine Missachtung der Arbeit des Trägers ist.

zu 6.3 Information zur Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung

Frau Kitzmann (FB Soziales und Gesundheit) teilt mit, dass sich das Bundesteilhabegesetz derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindet. Der Fachbereich Soziales und Gesundheit trifft bereits jetzt entsprechende Vorkehrungen, um die geplante Umsetzung zum 01.01.2017 sicherzustellen.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert sie die wesentlichen Änderungen und geht dabei näher auf die geplanten Änderungen für das Jahr 2017 ein. Die Präsentation wird als Anlage zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Derzeit erfolgt die Schulung von Mitarbeitenden und Information an Klienten. Mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung wurde für November 2016 ein Gesprächstermin vereinbart. Es wird eine schriftliche Information für Klienten zur Verfügung gestellt.

Herr Richter weist darauf hin, dass der Gesetzesentwurf auch auf Bundesebene noch diskutiert wird und bereits viele Änderungsanträge dazu vorliegen. Herr Richter bittet, die Informationen für die Klienten auch barrierefrei zur Verfügung zu stellen.

zu 6.4 Freie Fahrt für Kindergartenkinder

Vorlage: 16/SVV/0519

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.5 Fortschreibung des Ersten Potsdamer Gesundheitsatlas

Vorlage: 16/SVV/0556

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Die Beratung der Drucksache wird auf die nächste Sitzung des GSI-Ausschusses vertagt, um diese dann ausführlich beraten zu können.

zu 6.6 Potsdamer Seniorenplan - Engagiert, selbstbestimmt und würdevoll alt werden

Vorlage: 16/SVV/0557

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Die Beratung der Drucksache wird auf die nächste Sitzung des GSI-Ausschusses vertagt, um diese dann ausführlich beraten zu können.

zu 6.7 Integrationsgarten am Schlaatz

Vorlage: 16/SVV/0582

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Sonstiges

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) teilt mit, dass die Umbauarbeiten in der Gemeinschaftsunterkunft Zeppelinstraße 55 am 10.10.2016 begonnen haben und am 20.10.2016 abgeschlossen sein sollen.

Herr Richter informiert, dass am 01.11.2016, 16:00 Uhr das nächste Forum für Menschen mit Behinderung im Potsdam-Museum im Alten Rathaus stattfindet.

Frau Grasnack informiert, dass vom 18.10. bis 30.11.2016 die "Weltreligionen - Weltfrieden - Weltethos" in der Stadt- und Landesbibliothek im Bildungsforum Potsdam zu sehen ist.

Des Weiteren verweist sie auf die neu aufgelegte Broschüre zur Rolle der Zugewanderten in Potsdam, die sie zur Mitnahme im Sitzungsraum ausgelegt hat.

Nächster GSI-Ausschuss: 15. November 2016, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin



öffentlich

Betreff:

Räume für die Unabhängige Patientenberatung Deutschland, Standort Potsdam

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 27.09.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) am Standort Potsdam bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in möglichst zentraler Lage unterstützt werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 25. Januar 2017 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Beratungsstelle der UPD am Standort Potsdam befindet sich in der Wetzlaer Straße 30. Dieser Standort liegt in einem Gewerbegebiet und ist für Beratung Suchende schwer zu finden und auch nicht gut zu erreichen, so dass „Laufkundschaft“ weitestgehend ausbleibt. In der UPD beraten Experten Ratsuchende kostenfrei zu gesundheitlichen, gesundheitsrechtlichen und sozialrechtlichen Fragen. Anliegen der UPD am Standort Potsdam ist es, Räumlichkeiten möglichst nahe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und/oder von Selbsthilfegruppen und –vereinen zu finden, um die Erreichbarkeit zu erleichtern und Synergieeffekte nutzen zu können. Bisherige Bemühungen dazu sind ohne Erfolg geblieben, so dass die UPD um Unterstützung gebeten hat.